

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
des Kantons Bern
Münstergasse 2
3011 Bern

info.jgk@jgk.be.ch

Bern, 24. Mai 2018

**Vernehmlassung Zukunft Gemeindelandschaft Kanton Bern
Prüfbericht des Regierungsrates zum Postulat 177-2014, Müller (Bern, FDP)
"Wie könnte der Kanton Bern heute aussehen?" Bericht des Regierungsrates an den
Grossen Rat**

Sehr geehrter Herr Justizdirektor
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16.02.2018 wurde uns der Vernehmlassungsentwurf in rubrizierter Angelegenheit zur Stellungnahme unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und erlauben uns nachfolgend die Bemerkungen der BDP des Kantons Bern vorzulegen.

1. Vorbericht

Der Kanton Bern ist historisch geprägt von einer vielfältigen und starken Gemeindelandschaft. Auch aus historischer Sicht ist die Landbevölkerung nicht gewillt, sich von der Zentralverwaltung zu stark bevormunden zu lassen. Unter diesem Gesichtspunkt gehört die Vielzahl der Gemeinden als Teil seiner Identität zum Kanton Bern wie der Bär als Wappentier.

Die BDP als lösungsoffene und konstruktive Partei sieht durchaus Vorteile für alle Beteiligten, wenn sich die Anzahl der Gemeinden im Kanton Bern verringert. Dabei ist dem Regierungsrat beizupflichten, wenn er Wert darauf legt, dass zukünftige Gemeindezusammenschlüsse in funktionalen Räumen passieren.

Jedoch erachten wir es als verfehlt, die Gemeindelandschaft mittels Zwang zu verändern. Vielmehr sehen wir die Lösung in einer Weiterführung der bisherigen Fusionspolitik des Kantons unter Bezugnahme vermehrter Anreizsysteme. Diese Anreizsysteme sind einerseits in einer Steigerung des Finanzdruckes und andererseits in einer vermehrten Abfederung der Fusionsfolgen zu suchen.

2. Zum Bericht

Im Konkreten heisst dies, dass der Kanton Bern vermehrt die bereits im GFG festgehaltenen Mittel zur Anwendung bringen soll, gleichzeitig aber die heutigen Anreizsysteme ausbaut. Die in den letzten Jahren vermehrt geäusserte Angst grösserer Gemeinden, aus finanzieller Sicht nicht mit kleineren Gemeinden zu fusionieren, muss mit einem Zubau von kantonalen Förderungen eliminiert werden. Beispielsweise kann der Kanton die Saldi der FILAG-Ausschüttung aller Fusionsgemeinden für etliche Jahre garantieren. Dies würde die Abfederung der negativen Fusionsfolgen über eine längere Zeitspanne ermöglichen. Andererseits muss der Kanton auch indirekte Subventionierungen von kleinen Gemeinden unterlassen. Nur so kann der Wille zum Zusammenschluss von der Basis her wachsen.

Für die BDP wäre auch denkbar, die Regionalkonferenzen mit der Beurteilung von Fusionen im Perimeter zu beauftragen. Dieses Vorgehen birgt den Vorteil, dass örtlich verankerte Personen Fusionsfragen zu klären haben und nicht Personen aus der Zentralverwaltung Einfluss nehmen würden.

In diesem Sinne sehen wir die Zukunft der Fusionspolitik des Kantons Bern klar in dem vom Regierungsrat unter Variante 1 skizzierten Vorgehen. Einen Paradigmenwechsel zu einem Zwangssystem von oben herab lehnen wir ab.

3. Schlussbemerkungen

Diese Ausführungen verstehen sich ohne präjudizielle Wirkung für die zukünftige parlamentarische Behandlung. Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und behalten uns ausdrücklich das Recht vor, im Rahmen der parlamentarischen Beratung weitere Anträge zu stellen.

Freundliche Grüsse

Enea Martinelli
Präsident BDP Kanton Bern

Astrid Bärtschi
Geschäftsstelle BDP Kanton Bern